



Auenwaldschule Böklund Grundschule



Schleswiger Nachrichten
Flensburger Tageblatt

23.02.2019

Grundschüler sollen Dänisch lernen

Bildungsministerin Karin Prien kündigt auf grenzüberschreitender Kulturkonferenz Modellprojekt für zehn Schulen an

Von Frank Jung

SCHLESWIG Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien (CDU) will die Dänisch-Kenntnisse im Grenzland verbessern. Ein Modellprojekt an zehn Grundschulen soll Kindern bereits im frühen Alter die Sprache des Nachbarlands vermitteln. Im kommenden Schuljahr ab August geht es damit los. Das kündigte Prien gestern auf der „Deutsch-Dänischen Kulturpolitischen Konferenz“ im Schleswiger Hotel Waldschlösschen an. Dort waren 170 Akteure von beiden Seiten der Grenze zusammengekommen, um über weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu beraten. Eingeladen hatten die Region Sønderjylland-Schleswig und die Kulturministerien aus Kiel und Kopenhagen.

„Wenn wir uns als europäische Musterregion bezeichnen, gehört ein noch besserer Austausch zwischen den Menschen dazu“, begründete Prien ihren Vorstoß. Sie verwies aufs Saarland, in dem jeder Schüler standardmäßig Französisch lernt. Dass es im Norden so weit kommen wird, sieht sie angesichts der geringen Größe des dänischen Sprachraums zwar nicht. Aber: „Ein Modellprojekt zeichnet natürlich aus, dass man es ausweitet, wenn es erfolgreich verläuft.“ Die teilnehmenden Schulen sind noch nicht endgültig festgelegt; wer besonderes Interesse hat, ließ Prien durchklingen, kann sich noch melden. Nach den Worten der Ministerin soll es sich angesichts des niedrigen Alters der Schüler „nicht um klassischen Fremdsprachenunterricht handeln“, sondern darum, ohne großes Gramma-



Austausch über die Grenze hinweg: Bildungs- und Kulturministerin Karin Prien mit ihrer dänischen Amtskollegin Mette Bock im Schleswiger Hotel Waldschlösschen.

FOTO: JUNG

tik-Pauken „sehr schnell zum Sprechen zu kommen“. Möglich werde das Angebot dadurch, dass die Universität Flensburg überhaupt erst 2014 begonnen hat, Grundschullehrer speziell für Dänisch auszubilden.

Derzeit gibt es nur an vier Grundschulen Dänisch, und das bloß als AG: in Böklund, Harrislee, Tarp und an der Hohlwegschule in Flensburg.

„In Zeiten, in denen der Nationalismus fröhliche Urstände feiert“, rief Prien dazu auf, „die Kontakte zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark zu intensivieren“. Die Politik werde dies mit der ab 2020 für weitere drei Jahre geplanten Fortsetzung des deutsch-dänischen Kulturabkommens unterstützen. Umfang derzeit: zwei Millionen Euro. Bereits Mitte 2019 startet das nächste Interreg-Projekt „Kurskultur“. Es umfasst 2,2 Millionen Euro.

Einig war sich Prien mit ihrer liberalen dänischen Amtskollegin Mette Bock darin, dass das 100-jährige Jubiläum der Grenzziehung per Volksabstimmung 2020 besondere Chancen biete, die Grenze als verbindendes Element zu sehen. „Die Fruchtbarkeit in dieser Region wurzelt gerade darin, dass sich die Grenze in der Geschichte hin- und her bewegt hat“, meinte Bock. „Heute ist es kein Gegensatz mehr, deutsch und dänisch zu sein. Eine doppelte Identität ist keine Herausforderung, sondern eine Stärke.“ Sie verwies auf die gerade abgeschickte Bewerbung des Grenzlands als immaterielles Unesco-Welterbe.

Dass es trotz aller hehren Absichten in der Praxis noch manche Klippen gibt, zeigten Wortbeiträge aus dem Auditorium. Axel Johnsen vom Museum Sønderjylland benannte ein Problem, das viele dänische

Sønderjylland benannte ein Problem, das viele dänische Kulturschaffende beklagen: die geringeren Ressourcen für Kultur südlich der Grenze. „Es ist sowieso schwer, Partner für die Zusammenarbeit zu finden, weil es recht wenige gibt. Und die, die da sind, haben kein Geld.“ Und Gabriele Stappert, CDU-Ratsfrau aus Flensburg, wies auf ein Dilemma des regionalen Oberzentrums hin: Die Fördestadt würde gern deutlich mehr Geld für Kulturprojekte ausgeben, um ihre Strahlkraft zu stärken. Doch Kultur sei eine freiwillige Leistung. Und weil das verschuldete Flensburg unter Aufsicht des Innenministeriums stehe, erlaube dieses nur wenige freiwillige Leistungen. Prien wird kaum die Bestimmungen des kommunalen Finanzrechts ändern können – versprach aber, Stapperts Hinweis in Kieler Kabinett mitzunehmen.